Region der Zukunft
Landkreis Darmstadt-Dieburg

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **0535-2021/DaDi**
Aktenzeichen:

Fachbereich: Fraktion der Freie Wähler/UWG
Rupp, Jörg
Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

Nr.	*Gremium*	*Status*	*Zuständigkeit*
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Nutzungsentgelt für die Unterbringung geflüchteter Menschen senken – Antrag der FW/UWG**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Satzung des Landkreise Darmstadt-Dieburg über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz LAufnahmG dahingehend zu ändern, dass die Nutzungsentgelte die ortsüblichen Mieten pro Quadratmeter Wohnraum nicht übersteigen.

Begründung:

Im Landkreis aufgenommene geflüchtete Menschen werden oft in Sammelunterkünften untergebracht. Erzielen diese Menschen ein Einkommen, so erhebt der Landkreis von jeder und jedem Einzelnen ein "Nutzungsentgelt". Dieses Nutzungsentgelt übersteigt pro Quadratmeter regelmäßig den in den jeweiligen Kommunen des Landkreises durchschnittlich erhobenen Quadratmetermietpreis. In der Praxis hat sich gezeigt, dass diese Regelung kontraproduktiv zu den Integrationsbemühungen insbesondere bei Mitgliedern größerer Familien wirkt, weil es die Aufnahme einer Arbeit oder einer Ausbildung unattraktiv macht. Selbstverständlich müssen auch geflüchtete Menschen für ihre Unterbringung zahlen, wenn sie selbst Einkommen oder Vermögen haben. Es ist aber nicht nachvollziehbar, weshalb gerade diese oft in schwierigen Lebenslagen befindlichen Menschen mit so hohen Quadratmeterpreisen in den doch meist recht einfach gestalteten Flüchtlingsunterkünften belegt werden.